

Entschlossen in Hannover: Zehntausende Menschen setzen auf dem Opernplatz in Hannover ein Zeichen gegen Rechtsextremismus.

FOTO: CHRISTIAN BEHRENS



„Nie wieder ist jetzt“: 35.000 Menschen demonstrieren in Hannover gegen rechts

Hunderttausende gehen bundesweit für die Demokratie auf die Straße

Zu fast allen Kundgebungen kommen deutlich mehr Teilnehmer als erwartet

Die Protestwelle setzt sich auch am Montag in vielen Städten fort

Von Petra Ruckerl, Stefan Fuhr und Bettina Grachtrup

Hannover. Hunderttausende Menschen haben am Wochenende in Deutschland gegen rechts demonstriert. In Hannover kamen am Samstag 35.000 Bürgerinnen und Bürger zusammen, um Vielfalt und Demokratie zu verteidigen und sich gegen Spaltung und Hass zu stellen. Der Opernplatz und viele Straßen drumherum waren voller Menschen, sie trugen Plakate mit Aufschriften wie etwa „Wir sind bunt“ oder „Faschismus ist keine Alternative“.

Der Freundeskreis Hannover, der die Demonstration in der Landeshauptstadt angemeldet hatte, schrieb im Anschluss auf Instagram: „Wir sind sprachlos. 35.000 Menschen sind heute aufgestanden und haben sich klar positioniert. Das ist die größte Demo der letzten 30 Jahre. Wir sind mehr. Wir sind so viele. Danke!“

Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) rief die Teilnehmerinnen und Teilnehmer bei der Kundgebung dazu auf, im eigenen Umfeld klare Kante gegen rechts zu zeigen. „Verteidigen wir unsere Demokratie“, appellierte er. „Nie wieder ist jetzt!“

Auch Altbundespräsident Christian Wulff (CDU) zählte zu den Rednern auf dem Opernplatz. Sein Appell gegen die Rückkehr des Faschismus, vorgetragen mit lauter, zuweilen heiserer Stimme, beschrieben Zuhörerinnen und Zuhörer als nachdenklich, scharf und besonders mitreißend.

Wulff erinnerte daran, dass auf den Tag genau vor 82 Jahren die Wannseekonferenz in Berlin stattgefunden habe. Sie sei zum Symbol ge-

planter, systematisierter Tötung der Juden Europas geworden. „Deshalb dürfen wir nie wieder zulassen, dass in Deutschland über die Selektion von Menschen nach Herkunft, nach Aussehen, nach Religion, nach Handicap oder irgendeines Kriteriums beraten wird“, sagte Wulff. Auslöser für Proteste sind unter anderem die Enthüllungen des Recherchenetzwerks „Correctiv“ über ein Treffen von Rechtsextremisten am 25. November, an dem AfD-Poli-

tiker sowie einzelne Mitglieder der CDU und der sehr konservativen „Werteunion“ in Potsdam teilgenommen hatten. Der frühere Kopf der rechtsextremen „Identitären Bewegung“ in Österreich, Martin Sellner, hatte bei dem Treffen nach eigenen Angaben über „Remigration“ gesprochen. Wenn Rechtsextremisten den Begriff verwenden, meinen sie damit die Massenausweisung von Menschen ausländischer Herkunft aus Deutschland.

In München musste am Sonntag eine Kundgebung wegen Überfüllung abgebrochen werden. Die Sicherheit der Teilnehmer sei nicht mehr zu gewährleisten, sagte ein Polizeisprecher. Der Veranstalter sprach von rund 250.000 Protestierenden, die Polizei von etwa 80.000.

Wie in München kamen auch in zahlreichen anderen Städten deutlich mehr Menschen zu den Kundgebungen als erwartet. Bereits am Freitag war eine Demonstration gegen

rechts und die AfD in Hamburg wegen des großen Andrangs abgebrochen worden. In Bremen zählte die Polizei am Sonntag mehr als 40.000 Menschen, in Köln bezeichnete die Polizei die von den Veranstaltern genannte Teilnehmerzahl von 70.000 als „nicht unrealistisch“, und auch in Berlin versammelten sich Zehntausende Menschen. Damit erreichten die seit Tagen andauernden Proteste einen vorläufigen Höhepunkt. In einigen Städten lagen am Sonntag noch keine abschließenden Teilnehmerzahlen beider Seiten vor.

Am Samstag hatten Polizei und Veranstalter deutschlandweit insgesamt mindestens 300.000 Menschen gezählt. Wie in Hannover waren es auch in Frankfurt am Main 35.000, 30.000 in Dortmund, 20.000 in Karlsruhe und Stuttgart, 18.000 in Heidelberg, 16.000 in Halle, 15.000 in Nürnberg, 12.000 jeweils in Kassel, Gießen und Recklinghausen.

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier würdigte das Engagement der Demonstranten. „Diese Menschen machen uns allen Mut“, sagte er in einer am Sonntag veröffentlichten Videobotschaft. „Sie verteidigen unsere Republik und unser Grundgesetz gegen seine Feinde. Sie verteidigen unsere Menschlichkeit.“

Das Internationale Auschwitz Komitee dankte den Menschen für ihren Protest. „Überlebende des Holocaust empfinden diese Demonstrationen als ein machtvolles Zeichen der Bürgerinnen und Bürger und als eine Belebung der Demokratie, auf die sie lange gehofft und gewartet haben“, teilte Exekutiv-Vizepräsident Christoph Heubner mit.

Auch an diesem Montag werden bundesweit Zehntausende Menschen bei Demonstrationen gegen rechts erwartet.

Bundesweit Demos gegen rechts

Freitag, 19.1. Sonntag, 21.1.
Samstag, 20.1. Montag, 22.1.



Abbruch wegen Überfüllung in München: Der Andrang ist so groß, dass ein Sicherheitsrisiko besteht. FOTO: ZUMA WIRE/IMAGO



Frankfurt zieht gleich: Auf dem Römerberg demonstrieren am Samstag ebenfalls 35.000 Menschen. FOTO: HEIKE LYDING/IMAGO

„
Diese Menschen machen uns allen Mut. Sie verteidigen unsere Republik und unser Grundgesetz gegen seine Feinde. Sie verteidigen unsere Menschlichkeit.“

Frank-Walter Steinmeier, Bundespräsident

Zum Thema

- Kommentar Seite 2
- Debatte um AfD-Verbotsverfahren reißt nicht ab Seite 4
- Landtagsabgeordneter aus Niedersachsen für ein Verbot der AfD Seite 8
- Hannover stellt sich vor die Demokratie Seite 10, 11
- Die stärksten Reden der Demo in Hannover in Auszügen Seite 10, 11
- Holocaustüberlebende warnt vor Rechtsextremisten Seite 11

HANNOVER Kaufhof-Immobilie in der Altstadt ist verkauft

Noch bevor sie Insolvenz anmelden musste, hat die österreichische Signa unbemerkt von der Öffentlichkeit ihre Großimmobilie an der Schmiedestraße in Hannover verkauft. Was geschieht nun mit dem ehemaligen Kaufhof-Gebäude in der Altstadt? Seite 9

POLITIK Werteunion beschließt Parteigründung

Die konservative Werteunion hat den Weg frei gemacht für die von Ex-Verfassungsschutzpräsident Hans-Georg Maaßen geplante Parteigründung. Ziel ist die Teilnahme an den Landtagswahlen in Ostdeutschland. Die Union geht auf Distanz. Seite 4

MO	DI	MI
10° 5°	8° 7°	12° 6°
Wirtschaft 6	Wetter 25	
Termine 22	Medien 25	
Kultur 23	TV-Programm 26	
Netzwerk 24	Rätsel 27	

Postanschrift: 30148 Hannover
Redaktion: (05 11) 5 18-0
Kleinanzeigen Privatkunden: 08 00-1 23 44 01*
Kleinanz. Geschäftskunden: 08 00-1 23 44 02*
Telefax Kleinanzeigen: 08 00-1 23 44 10*
Abonnenten-Service: 08 00-1 23 43 04*
*Kostenlose Servicenummern